

Reform und Solidarität

Vortrag Universität Erfurt am 20. Januar 2004

Von Bärbel Bohley stammt der Satz: "Wir hofften auf Gerechtigkeit, aber wir bekamen den Rechtsstaat". Der Satz benennt die Kluft zwischen Gerechtigkeitserwartung und den ernüchternden Realitäten. Er lässt etwas von dem Hunger nach Gerechtigkeit erkennen, der auch in der Bergpredigt anklingt, wenn es dort in den Seligpreisungen Jesu heißt: "Selig sind, die hungert und dürstet nach der Gerechtigkeit, denn sie sollen satt werden."¹ Die Seligpreisung hebt nicht auf einen Zustand ab, der schon erfüllt ist. Selig sind ja gerade, die den Mangel empfinden. Nur sie können die Richtung einhalten und den Weg der Gerechtigkeit gehen.

Bärbel Bohleys Satz ist gleichwohl töricht. Wie anders könnte denn Gerechtigkeit entwickelt werden als in einem Rechtsstaat? Ein Staat ohne eine den Grundrechten verpflichtete Rechtsordnung würde der Willkür verfallen. So unterschiedlich das säkulare Recht auch über die Weltbilder und Wertvorstellungen, die unserem Rechtssystem zugrunde liegen, urteilen mag, gerade die Auseinandersetzung darüber ist das demokratische Prinzip.

Reform und *Solidarität*, um diese beiden Begriffe wird es in diesem Vortrag gehen. Angesichts der aktuellen politischen Diskussion um die Zukunft der Sozialsysteme sind die als Reformschritte bezeichneten politischen Entscheidungen daraufhin zu bewerten, wie Solidarität in der Gesellschaft gewahrt wird.

¹ Matth. 5, 6

Heute soll es nicht um die Höhe von Praxisgebühren, um den Zeitpunkt der Einführung irgendeiner Maßnahme und auch nicht um Zehntel-Prozentpunkte bei den Beitragssätzen gehen - all dies sind Fragen, die uns als Bürgerinnen und Bürger, als Finanziers und Nutzer des Sozialstaates interessieren müssen, zu denen es aber nicht für jede einzelne eine spezifisch christliche Meinung gibt. Im Detail können Christen mit guten Gründen verschiedener Meinung sein. An die Substanz unserer christlichen Ethik geht es aber bei der grundsätzlichen Frage, in welche Richtung unser Gemeinwesen geht. Wo bleiben die Armen und Schwachen? Handeln wir generationengerecht? Findet der Aspekt der Nachhaltigkeit genügend Berücksichtigung? Was ist gerecht? Wie viel Solidarität brauchen wir? Diese Fragen führen in den Kern der aktuellen sozialetischen Diskussion. Damit meine ich nicht das atemlose und zum Teil groteske Taktieren mancher Politiker und Verbandsvertreter, sondern das ernsthafte Ringen um die Zukunftsfähigkeit unserer sozialen Sicherungssysteme.

Darüber wurde im vergangenen Jahr - manchmal offen, manchmal auch nur implizit, manchmal mit kirchlicher Beteiligung, manchmal rein parteitaktisch - diskutiert. Jetzt, da die parlamentarischen Auseinandersetzungen zunächst beendet sind, müssen die Auswirkungen der beschlossenen Maßnahmen genau beobachtet werden.

Dabei geht es sowohl um die Einschätzung der ökonomischen Wirkungen, als auch um die sozialen Folgen der Maßnahmen. Die Stellungnahmen der Evangelischen Kirche suchen beide Perspektiven zusammen zu halten, denn sie führen den Sachverstand von Christinnen und Christen in wirtschaftlicher Verantwortung mit den Erfahrungen der vielen in den sozialen Diensten Tätigen zusammen. Wo es gelingt, die verschiedenen Wahrnehmungen beieinander zu halten und in un-

sere kirchlichen Stellungnahmen einfließen zu lassen, werden nicht Partikularinteressen verteidigt, sondern Verantwortung für das Ganze übernommen.

Eine weitere Vorbemerkung möchte ich einfügen: Im vergangenen Jahr ist an unseren kirchlichen Äußerungen, auch meinen, als ich noch Vorsitzender des Rates der EKD war, verschiedentlich kritisiert worden, wir hätten den Boden des "Gemeinsamen Wortes zur wirtschaftlichen und sozialen Lage" von 1997 verlassen.² Dass der Sozialstaat überfordert sein könnte, hält eine pauschale Kritik für ein Klischee; Reformgerede sei eine Taktik der Reichen, um noch reicher zu werden; die These, Arbeitskosten seien in unserem Land zu hoch, wird mit dem Hinweis auf die nach wie vor florierende Export – Wirtschaft beiseite getan.

Ich halte diese Vorwürfe für undifferenziert. Dass sie ausgerechnet aus dem Raum der Kirche kommen, in dem der sorgfältige Umgang mit Texten eigentlich selbstverständlich sein sollte, das wundert mich.

Mich bekümmern diejenigen Kritiker, die wegen einer sozialetischen Aussage mit Kirchenaustritt drohen: Nach meiner festen Überzeugung sollte der Glaube an Jesus Christus darüber entscheiden, wer zur Kirche gehört und wer nicht. Ethische Gleichförmigkeit oder moralische Homogenität ist Kennzeichen von Sekten. Dagegen ist die Kirchenmitgliedschaft das sichtbare Zeichen der Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft von Menschen ganz verschiedener politischer und sozialer Herkunft, die durch das Band der Taufe zusammengehalten ist. Sowenig wie ich mir wünschen würde, dass jemand in die Kirche eintritt, nur weil ihm eine aktuelle sozialetische Äußerung besonders gefallen hat, sowenig sollte man sich aus dieser Gemeinschaft der Kirche herauslösen, nur weil man mit einer einzelnen Äußerung unzufrieden ist.

² Ein ähnlicher Vorwurf ist übrigens auch der Römisch-Katholischen Kirche gemacht worden, als sie im Dezember 2003 ihr Wort „Das Soziale neu denken“ veröffentlichte. Heftiger Widerstand kam vor allem von Friedhelm Hengsbach, Dietmar Mieth und Norbert Blüm. (vgl. PUBLIK-FORUM 1/2004)

Warum ich Reformen unserer sozialen Sicherungssysteme für dringlich halte, soll im Laufe des Vortrags deutlich werden. Ebenso deutlich wird aber hoffentlich auch, dass diese Reformschritte die Solidarität und die Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft zu beachten haben, und zwar auch in Verantwortung für zukünftige Generationen und im Blick auf die Bevölkerung der Erde.

In einem ersten Teil will ich einige kurze Bemerkungen dazu machen, in welchem Sinn der Begriff ‚Reform‘ im Zusammenhang der gegenwärtigen Diskussion gebraucht wird und was ihn so schwierig macht.

Im zweiten Teil komme ich auf das Gemeinsame Sozialwort der Kirchen von 1997 zurück, das den Titel trägt „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“.

Der dritte Teil fragt nach dem Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben der Sozialkassen.

Der vierte Teil widmet sich der Frage: Wie viel Solidarität brauchen wir in unserer Gesellschaft?

Im letzten Teil geht es um die globale Dimension von Solidarität und Gerechtigkeit.

1. Der Gebrauch des Begriffes ‚Reform‘ in der gegenwärtigen politischen Diskussion

Lange ist von Reformen die Rede, aber es schien so, als fehle der Politik der Mut, sie ins Werk zu setzen. Die politischen Akteure hatten Angst vor den Bürgern und mussten auch die falsche Zurückhaltung vor ihren politischen Konkurrenten überwinden, die ja die Ängste in der

Bevölkerung auszunutzen pflegen, wenn sie dadurch für sich selbst Vorteile errechnen können.

Geredet und geschrieben wurde von Reformen ständig, vor allem in Verbindung mit dem Begriff ‚Gesundheit‘. Gesundheitsreform ist zu einem politisch technischen Begriff geworden und war doch nur eine semantische Verschleierungschiffre für einen Sachverhalt, der nicht Gesundheit, sondern Krankheit und die dafür aufzuwendenden Kosten kennzeichnen soll. Ehe aber erste Reformschritte gegangen wurden, gab es jahrelang nur Ankündigungen ohne konkrete Entscheidungen. Sicherlich, es gab abseits von Kameras und Mikrofonen auch ernsthaftes Ringen um die Zukunftsfähigkeit unserer sozialen Sicherungssysteme. Das wurde jedoch den meisten Menschen im Lande nicht vermittelt.

Warum geht den Menschen die Rede von Reformen auf die Nerven? Weil sich die Bedeutung des Begriffs „Reform“ radikal verändert, sich gewissermaßen um 180 Grad gedreht hat.

In der Aufbauphase unserer Bundesrepublik und bis in die Mitte der 70er Jahre, bis zu den ersten beiden Ölkrisen (um auch auf die externen Gründe einmal hinzuweisen), verstanden wir unter Reformen zweierlei: erstens den Abbau gesetzlicher Hindernisse der persönlichen Lebensgestaltung, also die Liberalisierung unserer Gesellschaft; zweitens den Aufbau unserer gesetzlichen sozialen Ansprüche, die Verdichtung der sozialen Netze und der staatlichen Daseinsvorsorge. Die Liberalisierung der Gesellschaft erfährt jedoch ihre Grenzen ebenso, wie der weitere Ausbau der staatlichen Daseinsvorsorge die Grenzen der Finanzierbarkeit erreicht hat. Das wird zwar von manchen bestritten; sie halten zu hohe Arbeitskosten für ein Klischee und ver-

mögen nicht mitzuvollziehen, dass der Sozialstaat schon überfordert sei.

Es gibt aber unübersehbare Indizien:

- Die Entwicklung der Diagnose- und Therapieverfahren sind in den letzten Jahrzehnten so verfeinert worden, dass die Kosten dafür ungeheuer gestiegen sind.
- Menschen erreichen ein immer höheres Alter, was längere Zeiten der Altersversorgung zu Folge hat.
- Hohe Arbeitslosigkeit und steigende Zahlen von Sozialhilfeempfängern lassen Lücken in der Erwerbsbiographie entstehen, die auch künftig steigende Kosten der Sozialkassen erforderlich machen.
- Die bis heute so definierte Beitragsbemessungsgrundlage umfasst nur noch bei ca. 10 % aller Deutschen sämtliche Einkünfte. Erträge aus Vermietung, aus Vermögen und mehr oder weniger selbständig ausgeübte Erwerbstätigkeiten haben keinen Einfluss auf die Sozialbeiträge.³
- In welchem Maße niedrigere Lohnnebenkosten den deutschen Arbeitsmarkt international konkurrenzfähiger machen, mag umstritten sein. Die Schwarzarbeit jedenfalls erhält unübersehbare Impulse durch eben diese Lohnnebenkosten.

³ Die anderen 90 % sind zum Beispiel beitragsfrei mitversicherte Familienangehörige - dies ist aus familienpolitischen Gründen auch unbedingt beizubehalten. Diese 90 % umfassen aber insbesondere auch alle diejenigen, die privat versichert sind, die über der Beitragsbemessungsgrenze verdienen, und nicht zuletzt diejenigen, die über zusätzliche Einkünfte aus anderen Bereichen verfügen.

Mindestens diese Gründe machen Reformen erforderlich.⁴ Das spricht nicht gegen eine bestimmte soziale Leistung im Einzelnen – und schon gar nicht gegen den Sozialstaat insgesamt. Aber wenn das Ensemble aller Ansprüche an den Staat und an die sozialen Sicherungssysteme von der Produktivität der Volkswirtschaft nicht mehr gedeckt werden können, wenn sie zur Belastung der Volkswirtschaft im internationalen Wettbewerb werden oder wenn die sozialen Sicherungssysteme die erforderlichen Ausgaben nicht mehr finanzieren können, dann sind Reformen überfällig. Und zwar Reformen, die da und dort auch mit Verzicht einhergehen – und zwar nicht, weil der Sozialstaat demontiert werden soll, sondern weil er erhalten werden muss.

Die Schwierigkeiten, die jetzt deutlich werden, sind nur eine Vorahnung dessen, was auf uns zukommt. Umso notwendiger ist es, jetzt zu handeln und nach neuen Wegen zu suchen

Früher hieß Reform: Alle bekommen mehr, es wird besser. Heute aber heißt Reform: Allen muss etwas genommen werden, nur durch Verzicht wird es besser. Solches politisch zu vertreten und durchzusetzen kostet Mut. Mut und Vertrauen in die Zukunft. Aber das sagen Sie einmal dem, der ganz konkret, und hier und heute, etwas her- oder aufgeben soll! Die Begründung, das sei nötig, um die Zukunft des Sozialstaats zu sichern, wirkt doch recht abstrakt. Darum erfordert es Mut, Reformen nicht nur anzukündigen, sondern auch konkrete Schritte zu beschließen. Das verlangt zudem Vertrauen: Vertrauen in die Fähigkeit der Politik, ein neues, allgemeines Versprechen zu halten,

⁴ Schon zu Beginn des Jahres 2003 habe ich in einer Rede vor Bundestagsabgeordneten Mut zu Reformen eingefordert, Reformen, die das Kriterium gesellschaftlicher Solidarität zu wahren hätten. (Rede vom 15.01.03)

wo sie doch gerade bisher geltende Zusagen zurückgenommen hat, zum Teil wenigstens.

Die gebotenen Änderungen haben, wie oben schon angedeutet, ihren Grund in Entwicklungen, die sich weitgehend einer Steuerung entziehen: die demographische Entwicklung und der medizinische Fortschritt.⁵

Mut und Vertrauen in die Zukunft: An dieser Stelle, kann deutlich werden, weshalb die Kirchen in dieser Lage etwas beizusteuern haben, obwohl sie doch selber genauso mit dem Sparzwang zu kämpfen haben. Die Kirchen verfügen nicht nur über Vermögen - in viel geringerem Umfang übrigens, als bisweilen vermutet wird - , die Kirchen verwalten auch einen Schatz von Erfahrungen, dazu gehört in erster Linie das Zukunftsvertrauen; sie haben gelernt, zwischen Selbstvertrauen und Gottvertrauen zu unterscheiden.

In einer der uralten Vertrauensgeschichten der Bibel sagt Gott einem alten Mann, dessen eigene Zukunftserwartung nach menschlichem Ermessen minimal war:

Geh aus deinem Vaterland und von deiner Verwandtschaft und aus deines Vaters Hause in ein Land, das ich dir zeigen will. (Gen. 12,1)

Das wird dem Abraham und seiner Frau Sarah angesagt und zugemutet. Sie sollen alle patriotischen und familiären Verpflichtungen stehen und liegen lassen – auf *Kredit*, auf Vertrauen Neuland betreten. Und sie tun es ohne Murren.

⁵Die demographische Entwicklung moderner Gesellschaften führt überall dazu, dass sich das Zahlenverhältnis zwischen älteren und jüngeren Personen im erwerbsfähigen Alter massiv verändert. Dazu gehört die Verlängerung der Lebenserwartung, die mit einer nachhaltigen Verkürzung des Erwerbslebens einher geht vgl. Peter Gross, Demographische Paradoxien, NZZ vom 23./24. Oktober 1994, S. 33

Nun lassen sich religiöse Erzählungen keineswegs direkt in Politik übersetzen, schon gar nicht im Verhältnis eins zu eins. Auch soll ja keiner unserer führenden Politiker zum Stamm-Vater (oder zur Stamm-Mutter) werden oder gar unser Volk zum Auswandern in ferne Lande bewegen. Aber auf das Experiment, dass ein Gemeinwesen auch dadurch gedeihen kann, dass es sich aus dem gewohnten Gehäuse des Status quo herausbewegt, kann man sich leichter einlassen, wenn man solche Geschichten kennt. Jedenfalls sollten doch Christen in solchen Situationen, wie wir sie heute in unserem Land erleben, zu denen zählen, die immer wieder einen neuen Aufbruch wagen, auch wenn sie manches Gewohnte hinter sich lassen müssen.

Mut zu Reformen: Diese Parole ist in unserer Situation kein Ruf in ein völlig unbekanntes Land. Wenigstens, wenn man den Beteuerungen der Akteure glauben möchte. Von ihnen verkündet ja niemand, den Sozialstaat und die soziale Marktwirtschaft abschaffen zu wollen zugunsten eines gesellschaftlichen Systems, das uns erst noch jemand zeigen müsste. In Wirklichkeit geht es gar nicht um einen Exodus in vollkommen unbekanntes Gelände, sondern um die Sicherung des uns allen anvertrauten Gemeinwohls in Gestalt des uns durchaus vertrauten und in vieler Hinsicht grundsätzlich bewährten Sozialstaats, der unter dem Gebot der Verantwortung gegenüber den Schwachen steht.

Wichtig wird aber sein, dass am Ende des Reformprozesses die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter auseinander geht. Die beiden Kirchen haben bereits in ihrem Gemeinsamen Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage auf den im Gesundheitswesen bestehenden Reformbedarf hingewiesen. Gleichzeitig haben sie aber auch vor sol-

chen gesetzlichen Eingriffen gewarnt, die „einem Entsolidarisierungsprozess Vorschub leisten und Einkommensschwache in unververtretbarer Weise benachteiligen“⁶

2. Wie aktuell ist das Gemeinsame Wort von 1997?

Im Gemeinsamen Wort "In Solidarität und Gerechtigkeit" von 1997 hatten beide Kirchen bereits beklagt, dass die Reformfähigkeit leidet, weil Besitzstandswahrung und Strukturkonservatismus weit verbreitet sind.⁷

Nicht nur die Bibel, sondern jeder Text ist auslegungsbedürftig - auch das Gemeinsame Wirtschafts- und Sozialwort mit dem anspruchsvollen und programmatischen Titel "Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit". Die Notwendigkeit der Auslegung besteht erst recht, je weiter die Entstehungszeit des Textes zurückliegt.

Man muss bei der Auslegung und Konkretisierung des Wortes zur wirtschaftlichen und sozialen Lage die gesamtgesellschaftliche Diskussion zwischen 1995 und 1997 beachten, in der es entstanden ist. Das Wort musste den Solidaritätsgedanken stärken gegen die ökonomische Vorstellung, dass unbeschränktes wirtschaftliches Handeln gleichsam automatisch zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zu mehr sozialer Gerechtigkeit führe. Heute, sieben Jahre später, muss man leider nach wie vor gegen diesen Irrglauben angehen. Zusätzlich aber stehen wir vor der Frage: Wie ist das soziale System überhaupt noch zu finanzieren? Staat, Länder, Gemeinden und die Sozialkassen ha-

⁶ Gemeinsames Wort, Abschnitt Nr. 185

⁷ Gemeinsames Wort, Ziffer 10

ben riesige Schuldenberge aufgehäuft, während es gleichzeitig noch niemals in der Geschichte unserer Republik soviel privates Vermögen gegeben hat. Diese Gesellschaft finanziert einen großen Teil ihrer gemeinsamen Aufgaben zu Lasten kommender Generationen. Deshalb ist es wichtig zu fragen: Wie können Sozialausgaben so gestaltet werden, dass sie selber kein Faktor werden, der neue Arbeitslosigkeit produziert? Wie kann der Kreis der Beitragszahler erweitert werden, um die Einnahmen des Staates für die Sozialsysteme abzusichern?

Immerhin sind im statistischen Jahresdurchschnitt von 50.000 € Geldzufluss bei Deutschen heute nur 23.600 € Arbeitseinkommen, wovon 23% Steuern- und Sozialbeiträge abgehen, das andere sind Zinsen, Erbschaften, Kursgewinne, Gewinne aus Unternehmen und so weiter. Zudem kostet eine Lohnerhöhung um 100 € den Arbeitgeber 154,50 €, bringt dem Arbeitnehmer aber nur 49,- €.⁸

Wenn man das Gemeinsame Wort "Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit" noch einmal durchsieht, so fällt auf, dass das Wort "Solidarität" dort fast nie alleine steht, sondern meistens in unmittelbarem Zusammenhang mit "Gerechtigkeit", sonst oft mit "Nachhaltigkeit". Solidarität kann nie für sich alleine betrachtet werden - diese Botschaft gibt uns das Gemeinsame Wort mit auf den Weg und ist gerade darin höchst aktuell. Gerade für die Einschätzung der jetzt beschlossenen und zum Teil in Kraft getretenen Entscheidungen ist dieser Geist des gemeinsamen Wortes ein wichtiges Kriterium.

Im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik scheint der Kern der Bedeutung von Solidarität relativ klar: Es meint den Zusammenhalt von

⁸ Quelle: Der Spiegel 39/2003 v. 22.09.03

Menschen in unterschiedlichen Situationen, der die Bewältigung von Belastungen gemeinschaftlicher und individueller Art ermöglichen soll. Unstrittig in unserer Gesellschaft ist dieses Verständnis von Solidarität für die gegenseitige Verantwortung innerhalb von Familien. Hier ist gegenseitige Hilfe zwischen den Generationen als ethische Verpflichtung anerkannt. Aber Solidarität zielt weiter, nämlich auf den Ausgleich von Belastungen in einer Gesellschaft. In ihrer besonderen Ausprägung als Kategorie der Arbeiterbewegung dient Solidarität der Durchsetzung gemeinsamer Interessen, nämlich sich vor Übervorteilung durch Starke zu schützen durch Verbundenheit untereinander.⁹ Diese spezielle Prägung des Begriffs ist inzwischen zurückgetreten zugunsten einer verpflichtenden Verbundenheit der Gesellschaft, die Schwachen und Armen insoweit zu stützen, dass eine Balance zwischen Reichen und Armen, zwischen Starken und Schwachen gewahrt wird. Dabei geht es nicht um Gleichmacherei. Der Ausgleich zielt vielmehr darauf, dass die eigenen Kräfte gestärkt, dass Lebensrisiken gemeinsam getragen werden. Nach unserer Rechtsordnung steht allen ein "Existenzminimum" zu, das auch ein Mindestmaß an soziokultureller Teilhabe gewährleisten muss.

Die Balance zwischen arm und reich, zwischen stark und schwach ist in unserer Gesellschaft bislang einigermaßen gewahrt: Das trägt zur Wirtschaftskraft unseres Landes bei und kennzeichnet die Kultur unseres Zusammenlebens.

Allerdings zeichnet sich ab, wie die Schere von arm und reich auseinander geht. Die Sozialhilfequote hat sich in 40 Jahren verdreifacht, im Jahre 2002 waren 2,76 Millionen Menschen auf Sozialhilfe angewiesen, darunter sind 1 Millionen Kinder. In manchen Großstädten sind

⁹ vgl. Harald Welzer in einem Artikel „Die Revitalisierung der Solidarität“, FR vom 15.09.03

mehr als 5%, in Kassel gar 10% der Bevölkerung von Sozialhilfe abhängig. War die Sozialhilfe ursprünglich Hilfe für Menschen in besonderen Notlagen, so hat sie sich heute zu einer Art Grundsicherung für Millionen entwickelt. Jede vierte Alleinerziehende ist Sozialhilfeempfängerin.¹⁰

Damit der soziale Friede gewahrt bleibt, empfiehlt das Gemeinsame Wort ein sorgfältiges Ausräumen der Unterschiede zwischen arm und reich, das langfristig auf ein möglichst stabiles, aber eben nicht statisches Gleichgewicht zielt. Zwischen völliger sozialer Nivellierung einerseits und völligem Verzicht auf jeden Ausgleich gilt es, nach einem vernünftigen Mittelweg zu suchen. Das heißt in einer demokratischen Gesellschaft, möglichst konsensfähige Ergebnisse auszuhandeln, die dieses Ziel erreichen lassen.

Darüber besteht nicht nur innerhalb der Evangelischen Kirche ein weitgehender Konsens, sondern er ragt auch weit in die Gesellschaft hinein. Ob man diesen Konsens mitträgt und welche Aspekte für den Ausgleich man dabei betont, hängt u.a. davon ab, wie man die Ergebnisse einer Problemanalyse bewertet und welche Maßstäbe man dabei anlegt. Wer die unglaublichen Abfindungen für "in die Wüste geschickte" Vorstandsmitglieder von Großkonzernen mit der Mindestrentenrente oder auch dem neuen "Arbeitslosengeld II" vergleicht, muss fragen: Wie viele solcher extremen Einkommensunterschiede kann sich eine Gesellschaft leisten?

Andererseits verfügen - so die Zahlen 1999- 78% aller Versorgungsempfänger neben ihrer eigenen Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung auch noch über andere Einkünfte, sei es aus Betriebsrenten, sei es aus Zinsen, sei es aus Vermietungen von Wohneigentum. Diese zusätzlichen Einnahmen machten etwa 42% am gesamten

¹⁰ Quelle nach WELT vom 19.11.03: Statistisches Bundesamt

Bruttoeinkommen der Rentner aus. Wer aber dagegen die steigenden Sozialabgaben stellt, mit denen heute das Arbeitseinkommen junger Eltern belastet wird, der wird jedenfalls nicht undifferenziert fordern können, an den Einkommen der älteren Generation dürfe man nicht rütteln.

3. Anmerkungen zu Einnahmen und Ausgaben der Sozialkassen

Für mich sind in diesen Monaten gerade jene Überlegungen des Gemeinsamen Wortes von zentraler Bedeutung, in denen es um ethische Orientierungspunkte geht, die man braucht, um zu definieren, wer die Armen und die Schwachen in unserer Gesellschaft sind. Die Schicksale der Arbeitslosen stehen dabei in besonderer Weise im Vordergrund. Deren Situation bedarf in jedem Fall einer genauen Analyse, denn diese sind ja nicht "von Natur aus" schwach oder in ihre Leistungsfähigkeit eingeschränkt. Sie sind vielfach "schwach Gemachte", damit woanders die Bilanzen besser ausfallen, nämlich bei den Starken, den Leistungsfähigen.

Bundespräsident Rau hat immer wieder betont, wie wütend es ihn mache, „wenn Unternehmen auf Pressekonferenzen das beste Ergebnis der Firmengeschichte bekannt geben- und gleichzeitig weitere Entlassungen. Diesem Automatismus – Börsenkurse rauf, Arbeitsplätze runter – muss die Wirtschaftspolitik entgegenwirken.“¹¹

Zu einer nachhaltigen Lösung des nach wie vor dramatischen Problems der Arbeitslosigkeit werden wir nur durch die Schaffung neuer

¹¹ so z.B. Süddeutsche Zeitung vom 17.11.03

Arbeitsplätze kommen. Die Erhöhung des Drucks auf Arbeitslose mag bei einigen von ihnen die Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme erhöhen, aber es fehlt schlicht an Arbeitsplätzen. Die Berichte über die Erfahrungen mit den so genannten Personalserviceagenturen, die aus dem so genannten Hartz-Bericht hervorgegangen sind, bestätigen, dass selbst der Anreiz von Gewinnmöglichkeiten bei erfolgreicher Job-Vermittlung dort nicht fruchten kann, wo es keine Arbeitsplätze gibt, die an arbeitslose Frauen und Männer vermittelt werden könnten.

Über die zentrale Frage, wie wir zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in Deutschland kommen können, gibt es seit Jahren eine sehr intensive und keinesfalls entschiedene Diskussion. Sie wird vor allem unter den Experten geführt, mit all den beschwerlichen Folgen für die Betroffenen, die sich trotz gegenteiliger Beteuerungen der Politiker vergessen fühlen. Die Uneinigkeit der Experten und die Entschlusslosigkeit der Politiker ist aber auch beschwerlich für die, die sich um Arbeitslose und ihre Familien kümmern, weil sie das alles nicht mehr verstehen, und ihr Vertrauen in die Kompetenz der Politik verloren geht. Gerade die katastrophalen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf die psychische Gesundheit zeigen: Arbeit ist ein wichtiger Teil im Leben von Menschen. Mit Arbeit wird nicht nur Geld verdient, sondern sie prägt die Persönlichkeit, schafft Selbstwertgefühl und Erfolgserlebnisse und sie lässt Menschen an ihrer Lebenswelt Anteil nehmen. Weil viele Arbeitslose aus finanziellen Gründen am öffentlichen kulturellen Leben nicht mehr teilnehmen können, verlieren sie auch ihr Selbstwertgefühl. Darum ist Arbeitslosigkeit zutiefst ungerecht und unsolidarisch und also das brennendste Problem unserer Gesellschaft, das tausend weitere Übel gebiert, die nicht nur den sozialen Frieden, sondern auch den Respekt vor der Demokratie unterhöhlt.

Nur in die Klage über Ausweglosigkeiten zu verfallen, wäre Kleinglauben. Gott sei Dank gibt es immer noch und immer wieder Menschen, die sich etwas einfallen lassen, die Lichter anzünden, statt die Dunkelheit zu beklagen. In vielen Unternehmen wird mehr für eine zukunftsfähige Gesellschaft getan, als allgemein bekannt ist. Die Evangelische Kirche in Deutschland würdigt solches Engagement öffentlich, indem sie mit dem Arbeitsplatz-Siegel ARBEIT PLUS Unternehmen prämiert, die eine vorbildliche Beschäftigungspolitik betreiben. Denn wer im Rahmen seiner spezifischen Möglichkeiten Arbeitsplätze schafft und sichert, verdient eine Auszeichnung. So soll ARBEIT PLUS dazu beitragen, dass zukunftsweisende Beschäftigungsmodelle zu Wettbewerbsfaktoren werden. ARBEIT PLUS zeigt, daß Unternehmen verantwortlich und zukunftsfähig handeln.

Gleichwohl kommen wir an einer Betrachtung der Personalzusatzkosten natürlich nicht vorbei: Auch wenn nicht zu erwarten ist, dass eine Absenkung der Lohnnebenkosten gleichsam automatisch massenhaft Arbeitsplätze schaffen könnte, muss man diesen Aspekt prüfen. Denn es hilft nicht, die Augen vor den Entwicklungen des internationalen Arbeitsmarktes zu verschließen. Dabei steht für mich gar nicht die Globalisierung im Vordergrund, sondern eher die Veränderungen unserer Volkswirtschaften, die uns in den nächsten Jahren durch die Verschiebung der Ostgrenze der EU ins Haus stehen. Eine weitere Erhöhung der Personalzusatzkosten wird in dieser Situation jedenfalls nicht zur Steigerung der Attraktivität des Standortes Deutschland und damit sicher nicht zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beitragen.

Unstrittig ist, dass den stärksten Druck auf die Einnahmen der sozialen Sicherungssysteme die Arbeitslosigkeit darstellt. Das andere Problem der Einnahmeseite unserer sozialen Sicherungssysteme ist ihre ausschließliche Bindung an die Einkommen aus nichtselbständiger Arbeit, und die werden auch nur bis zu einer bestimmten Höhe in Pflicht genommen. Die EKD hat im Herbst 2002 unter der Überschrift „Solidarität und Wettbewerb“¹² für mehr Verantwortung, Selbstbestimmung und Wirtschaftlichkeit der gesetzlichen Krankenversicherung plädiert und dabei angeregt, auch die Starken in der Gesellschaft zum Beitrag zu verpflichten. Es ist eine dringende Forderung der EKD, dass zur Finanzierung der solidarischen Sozialversicherungen alle Bürgerinnen und Bürger mit allen ihren Einkunftsarten herangezogen werden. Über die Frage, wie dies auszugestalten sein wird, ist sicher noch eine intensive Diskussion nötig. Die Tatsache, dass gerade diejenigen, die besonders leistungsfähig sind, weil sie über hohe Einkünfte aus einer oder mehreren Quellen verfügen, sich heute aus dem Solidarsystem verabschieden können und dies ja in der Regel auch tun, ist weder ethisch noch ökonomisch zu rechtfertigen.

Aber auch die Ausgabenseite muss geprüft werden. Über die wirtschaftliche Effektivität der gesetzlichen Versicherungen ist viel diskutiert worden. Die verantwortlichen Gremien stehen jetzt jedenfalls unter stärkerem öffentlichem Legitimationszwang, nicht nur was die Rechtfertigung beachtlicher Beraterverträge angeht.

Die EKD hat zu mehr Wettbewerb auch zwischen den Kassen angeregt. Der darf allerdings nicht dazu führen, dass einzelne Kassen so genannte Risikogruppen ausschließen oder benachteiligen.

¹² Ausarbeitung der Kammer für soziale Ordnung, EKD – Text N. 74

Angesichts der dramatischen Kostenentwicklung wird das Solidarsystem Reformanstrengungen auch durch Überprüfung und Senkung von Leistungen vollziehen müssen. Wenn alle Versicherten nur darauf aus sind, jeweils für sich ein Maximum an Leistungen aus dem System herauszuholen, ist der Kollaps vorprogrammiert. Daher dürfen Zuzahlungen und Selbstbeteiligung, die finanzielle Eigeninteressen des Versicherten ins Spiel bringen, nicht unter ein Denkverbot gestellt werden. Allerdings muss bei notwendigen Einschränkungen der Ausgaben die ökonomische Leistungsfähigkeit des Einzelnen berücksichtigt werden. Wer eine bestimmte Kürzung ablehnt, hätte ja aufs Ganze gesehen nicht mehr Geld zur Verfügung. Also: Differenziert sollte es schon geschehen: Chronisch Kranke, die sehr viel mehr Leistungen benötigen als der Durchschnittsversicherte, müssen von derartigen Regelungen ausgenommen werden, so scheint es ja auch inzwischen beschlossen zu sein – nur dass noch gar nicht klar ist, wer unter die chronisch Kranken zu rechnen ist.

Es entspricht nach evangelischem Verständnis dem Bild des Menschen, dass er nach dem Maße seiner Kräfte eigenverantwortlich handelt und daher mitverantwortlich ist für seine eigenen Angelegenheiten. Mitverantwortlichkeit "kann ... nur durch Eigenverantwortlichkeit jedes einzelnen Mitglieds der Solidargemeinschaft zum Tragen kommen – dies vor allem bei knapper werdenden Ressourcen" heißt es in der schon erwähnten Stellungnahme der Kammer für soziale Ordnung.¹³ Gleichzeitig wird unter Hinweis auf den Satz aus dem Brief des Paulus an die Galater „Einer trage des anderen Last“ darauf hingewiesen, dass ein ethisches Postulat eines solidarischen Sicherungssys-

¹³ Solidarität und Wettbewerb. Für mehr Verantwortung, Selbstbestimmung und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen. Eine Stellungnahme des Rates der EKD, EKD-Texte 74 2002.

tems durchaus bedeuten kann, „auf die Inanspruchnahme von Leistungen, die man auch selbst erbringen kann, zu verzichten, um anderen, die darauf angewiesen sind, den Zugang auf Dauer offen zu halten“¹⁴

4. Wie viel Solidarität brauchen wir?

Solidarität brauchen wir so viel wie irgend möglich, aber nur so viel, dass diese Solidarität in der Gesamtgesellschaft tragbar ist und zu einer nachhaltigen Entwicklung beiträgt. In einem zweiten Schritt auf der Suche nach den Kriterien für diesen Mittelweg sage ich: In unserer jetzigen Situation ist es besondere Aufgabe der Kirchen, auf die Lage der Arbeitslosen hinzuweisen und sich dafür einzusetzen, dass neue Arbeitsplätze entstehen können. Wir können uns nicht damit beruhigen, dass die demographische Entwicklung in einigen Jahren einen Mangel an Arbeitskräften voraussagen lässt. Die heutigen Arbeitslosen haben die Brüche in ihrer Erwerbsbiographie, die heutige Arbeitslosigkeit beschert eine weiter ansteigende Verschuldung.

In den letzten Jahren – ja, ich muss leider sagen: Jahrzehnten – haben die Kirchen immer wieder vergeblich an die politisch Verantwortlichen appelliert, Entscheidendes zum Abbau der unverantwortlich hohen Arbeitslosigkeit zu tun. Einiges ist geschehen, allerdings nur mit einem begrenzten Erfolg.

Es ist nicht die Aufgabe der Kirchen, Vorschläge im Detail zu machen. Damit würden sie sich auch selbst überfordern. Aber auf eines wird

¹⁴ Abschnitt 5 der Stellungnahme

wohl hinzuweisen sein: Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit braucht die Gesellschaft verantwortliche und phantasievolle Unternehmer. Solche gibt es, ich habe schon darauf hingewiesen. Aber immer wieder zeigt sich auch, wie hilf- und kraftlos die freie Wirtschaft sein kann. Ich denke, um nur die spektakulärsten Fälle der jüngsten Zeit zu nennen, an den italienischen PARMALAT – Konzern und an das Trauerspiel um Tollkollekt.

So fällt es schwer, gleich begeistert zuzustimmen, wenn Wirtschaftsverbände zur Behebung der Arbeitslosigkeit nach weiteren Steuersenkungen rufen.

Andererseits ist es auch nicht sinnvoll, reflexhaft und undifferenziert jedem Vorschlag für Kürzungen auf der Ausgabenseite unserer sozialen Sicherungssysteme zu widersprechen. Kürzungen sind wohl deshalb nötig, weil - wie DER SPIEGEL¹⁵ vorgerechnet hat - die Kosten einer durchschnittlichen Handwerkerstunde von 51,04 € sich aus 7,04 € Mehrwertsteuer, 11,47 € Lohnzusatzkosten, 18,53€ Gemeinkosten des Betriebes, 1,30 € Gewinn und 13,- € Bruttolohn, das heißt nur 8,32€ Nettolohn zusammensetzen. Dies verleitet in nachvollziehbarer Weise zu Schwarz- und Grauarbeit. Wer kennt denn nicht das Angebot eines handwerklich begabten Nachbarn, für das doppelte seines Nettolohns und damit immer noch für einen Bruchteil der offiziellen Kosten "auszuhelfen"?

Ich möchte aber auch noch auf eine andere Dimension der Solidarität zu sprechen kommen, die über den vor allem von unseren gut organisierten Lobby - und Interessengruppen geführten Streit über die Ver-

¹⁵ DER SPIEGEL v. 22.9.2003

teilung finanzieller Mittel hinaus geht, nämlich den Aspekt der Nachhaltigkeit der sozialen Sicherungssysteme insgesamt.

Unsere deutschen Sozialversicherungen sind in einer bestimmten historischen Situation und mit bestimmten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen entstanden. Sie haben damals geholfen, existenzielle Not zu lindern und den sozialen Frieden zu wahren. Im Laufe der Jahre ist der Anteil des gesetzlichen Versicherungstransfers absolut und relativ zum Einkommen auf eine vorher nie erreichte Höhe gestiegen. Heute verdichtet sich der Eindruck, dass wir vor sehr viel grundsätzlicheren Herausforderungen stehen als vor der Frage von Zehntelprozentpunkten eines Beitragssatzes oder auch einer Rentenhöhe.

Zwei wichtige Beispiele solcher Veränderungen will ich hier nennen: den Aspekt der Generationengerechtigkeit¹⁶ und die Rolle der Familie. Es geht um die ethische *Verantwortung von Generationen füreinander*. Das erfordert eine geistige Leistung! Für die Solidarität der Menschen mit ihren Eltern ist die Notwendigkeit zu Fürsorge und Respekt noch konkret. Was aber viel schwieriger zu vermitteln ist, ist die abstrakte Solidarität mit kommenden Generationen, also mit Menschen, die noch gar nicht auf der Welt sind. In der politischen Diskussion wird in diesem Zusammenhang vom Generationenvertrag gesprochen. Kardinal Lehmann erinnert in seinem Vortrag vor der Deutschen Bischofskonferenz daran, dass Oswald von Nell-Breuning den Begriff ‚Generationenvertrag‘ für unglücklich gewählt hielt, da es sich ja nicht um einen Vertrag im juristischen Sinne handelt, sondern um ein solidarisches Verhalten zwischen den Generationen. „Dieses Verhältnis der

¹⁶ Kardinal Karl Lehmann hat anlässlich der Herbstkonferenz der Deutschen Bischofskonferenz ein ausführliches, sehr lesenswertes Referat zum Thema gehalten: „Zusammenhalt und Gerechtigkeit, Solidarität und Verantwortung zwischen den Generationen“

Generationen ist dadurch geprägt, dass die erwerbstätige Generation einen Teil ihrer Produktion an die Generation, die ihr vorausgegangen ist, abgibt, sowie einen Teil an die nachwachsende Generation. Die produktive Generation vertraut dabei darauf, dass die nachwachsende Generation, wenn sie produktiv geworden ist, bereit ist, den Lebensunterhalt der ehemals produktiven Generation zu sichern.“¹⁷

Der Generationenvertrag ist unaufgebbar. Die alte Weisheit Israels ist für das Zusammenleben unserer Gesellschaft nach wie vor gültig: „Du sollst deinen Vater und Mutter ehren, auf dass du lange lebest im Lande, das dir der Herr, dein Gott gibt.“

Die teilweise panische Debatte, die in der Hektik der Diskussion um die Zukunft der Renten ausbrach, war jedenfalls geeignet, auf das Thema der Generationenentwicklung aufmerksam zu machen, das eigentlich von Fachleuten schon seit Jahrzehnten als eins unserer Zukunftsprobleme bezeichnet worden ist, aber von der Politik lange unbeachtet blieb. Panik ist aber dann nicht angebracht, wenn die Finanzierung der Systeme rechtzeitig angepasst wird. Denn schon heute wird nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung gebraucht, um das „Sozialprodukt“ zu erwirtschaften. Wenn auch die Zahl der Rentner steigen wird, so wird aber die Zahl der Arbeitslosen sinken; das Reservoir an nicht berufstätigen, aber arbeitsfähigen Menschen ist in unserem Lande noch recht hoch.¹⁸ Es wird deshalb erforderlich sein, besonnene Schritte einzuleiten, damit die kommende Generation ihre Alterssicherung aus solidarischer Versicherung und eigener Vorsorge erreichen kann.

¹⁷ a.a.O. Abschn. II

¹⁸ Zahlen dazu z. B. bei Ulrike Herrmann, tageszeitung vom 26.08.03

Ich möchte im Zusammenhang mit der Generationenverantwortung von der *Familie* reden.

Die Statistiker sagen uns, dass die Zahl der Kinder bei denjenigen Frauen, die Kinder bekommen, in den letzten Jahrzehnten weitgehend unverändert geblieben ist, Was sich verändert hat, ist die Zahl derjenigen Frauen, die keine Kinder bekommen. Besonders bemerkenswert ist dabei der Anteil der jungen Akademikerinnen, von denen gegenwärtig mehr als 40 Prozent kinderlos bleiben. Die Gründe dafür sind vielfältig. Aber es ist nicht zu übersehen, dass die Schwierigkeiten, den erlernten Beruf und die Begleitung der Kinder zu verbinden, eine maßgebliche Rolle spielen: Eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft braucht bessere Angebote für Eltern, damit sie Familie und Berufstätigkeit miteinander in Einklang bringen können.

Auf die äußeren, materiellen Erfordernisse zur Familienförderung wie Tagesstättenplätze und Ganztagschulen ist immer wieder hingewiesen worden, auch auf die Situation Alleinerziehender mit ihrem hohen Armutsrisiko. Hier geschieht – trotz einiger positiver Ansätze – immer noch längst nicht genug. Aber jenseits dieser materiellen Seite kommt es entscheidend darauf an, die jungen Menschen in unserem Land zu ermutigen, sich für Kinder zu entscheiden. Objektiv bedeuten Kleinkinder eine Einschränkung der Mobilität und eine Verringerung der materiellen Spielräume für die Erwachsenen. Aber die meisten Eltern erfahren, um wie viel das aufgewogen wird durch das Glück, heranwachsendes Leben verantwortlich begleiten zu können.

Mit Blick auf die Familien sollten wir auch mit Dankbarkeit feststellen, dass Kinderlosigkeit heute nicht mehr wie früher zu Armut im Alter führt. Dieses Risiko ausgeschaltet zu haben ist zweifellos eine der großen Verdienste des Sozialstaates. Die vollständige Entkoppelung

von Kinderzahl und Alterssicherung hat jedoch sicher mit dazu beigetragen, dass Menschen sich heute dazu entscheiden, keine oder sehr viel weniger Kinder zu bekommen.

Man kann dies unter vielerlei Gesichtspunkten, nicht zuletzt ethischen, bedauern; verurteilen oder sozialpolitisch bestrafen sollte man dies aber meiner Meinung nach nicht, denn Kinderlosigkeit kann sehr unterschiedliche Gründe haben. Das ändert jedoch nichts an der paradoxen Tatsache, dass heute einerseits diejenigen Menschen, die keine Kinder groß zu ziehen haben, dadurch erhebliche finanzielle Mittel einsparen und, sofern sie gut verdienen, auch viel zu den Steuern und Abgaben beitragen, während andererseits Kinder für Familien in unteren Einkommensbereichen zum Armutsrisiko werden. Es mag richtig sein zu verlangen, dass kinderlose Paare das eingesparte Geld für die Sicherung im Alter zurücklegen. Ich lasse dabei bewusst offen, ob für ihre eigene oder für eine sozial und solidarisch organisierte Alterssicherung. Jedenfalls käme es so zu einem Ausgleich zwischen den kinderlos Gebliebenen und denen mit ihrer eigenen Altersvorsorge und für ihre Kinder aufkommen.

Große Dankbarkeit empfinde ich besonders für Familien, die sich entschlossen haben, mit ihren schwer behinderten oder schwerpflegebedürftigen Angehörigen zusammenzuleben. Familien leisten nach wie vor den größten Beitrag zur Integration von Behinderten ins gesellschaftliche Leben, sie erbringen die größte Pflegeleistung für Kranke und sie tragen die größte ökonomische und pädagogische Last der Erziehungsarbeit. Wir sollten uns über alle freuen, die sich bewusst für die Familie entscheiden, und ihnen Anerkennung, Ermutigung und wo nötig und möglich auch konkrete materielle Unterstützung anbieten.

4. Die globale Dimension von Gerechtigkeit und Solidarität

Wie viel Solidarität brauchen wir? - Lassen Sie mich zum Ende wenigstens noch einen kurzen Gedanken auf das "wir" in der Frage verwenden. In meinen bisherigen Ausführungen habe ich, sofern ich nicht bloß uns als Christen und Christinnen gemeint habe, mit diesem "wir" die deutsche Gesellschaft und die Bundesrepublik als Sozialstaat bezeichnet. Wir Christinnen und Christen sollten aber immer wieder öffentlich daran erinnern, dass für uns als Gottes geliebte Kinder dieses "wir" die Gemeinschaft mit allen Kindern Gottes auf der ganzen Welt einschließen muss. Was dies konkret bedeutet, wird uns - wie bereits angedeutet - in den nächsten Jahren angesichts der EU-Osterweiterung und des von uns allen erhofften weiteren Zusammenwachsens Europas beschäftigen. Dass dabei die weltweite Gemeinschaft, insbesondere die Solidarität mit den Menschen in Afrika, nicht verloren geht, wird ein wichtiges Anliegen der Kirche sein.

Deswegen beobachten wir auch die Verhandlungen in der Welthandelsorganisation mit großer Aufmerksamkeit. Protektionistische Einfuhrzölle und Exportsubventionen sind Mit-Ursache der Armut in den Ländern des Südens. Sie rauben den Bauern in Entwicklungsländern ihre Existenzgrundlagen und verschärfen die Gegensätze auf unserem Globus.

Ob die Globalisierung katastrophale Folgen hat oder Chancen für die Zukunft bedeutet, ist nicht eine Frage von Schicksal oder Naturgewalt. Globalisierungsfolgen sind immer direkte oder indirekte Folgen menschlichen Tuns und Lassens. Erfolg und Scheitern der Globalisie-

nung sind eng an Bedingungen, Vereinbarungen und Verträge geknüpft, die auf politischem Wege zustande kommen. Gerade deutsche Unternehmer betonen immer wieder, dass neben dem hohen Ausbildungsstandard und der Leistungsfähigkeit der ökonomischen Akteure der soziale Friede in unserem Lande und die freiheitliche Verfassung unserer Gesellschaft wesentliche Standortvorteile sind. Warum sollte diese geschichtliche Erfahrung nicht auch Modell sein für die Gestaltung weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen?

Welthandelsregeln jedenfalls, die weiter die reichen Länder und Unternehmen schützen und den Armen wenig Spielraum für eine eigene wirtschaftliche Entwicklung lassen, sind mit Druck und vagen Versprechungen der Industrieländer auf die Dauer nicht durchzusetzen. Die Einsicht wächst, dass Handel und Wirtschaft wesentliche Instrumente zur Bekämpfung und Reduzierung der weltweiten Armut sein sollen. Ich weise an dieser Stelle auf diese Entwicklungen hin, um deutlich zu machen, dass hier eine globale Dimension von Gerechtigkeit und Solidarität auch für Nicht-Fachleute wahrnehmbar wird. Vor diesem Hintergrund wird dann auch manche tagesaktuelle sozialpolitische Frage in einen Kontext gerückt, der vieles relativieren wird.

Schlussbemerkungen

Die EKD wird nicht ablassen, bei allen Veränderungen unserer sozialen Systeme die Grundsätze ihrer sozialetischen Position zu betonen. Es geht um die Substanz unserer christlichen Ethik, um die grundsätzliche Frage, in welche Richtung unser Gemeinwesen sich entwickelt. Ich wiederhole die Fragen vom Anfang: Wo bleiben die Armen und

Schwachen? Handeln wir generationengerecht? Findet der Aspekt der Nachhaltigkeit genügend Berücksichtigung?

Die Entwicklung einer wirklich zukunftsdienlichen Reformpolitik findet erst in Ansätzen statt. Vieles wurde zerredet, ehe erkennbar war, wie es gemeint war. Neue Varianten werden nachgeschoben, ehe man die alten erklärt hat. Gerade beschlossene Gesetze müssen ständig neu interpretiert und nachgebessert werden. Ob die beschlossenen Deregulierungen des Arbeitsmarktes und die verschärfte Verpflichtung der Arbeitslosen, auch schlechter bezahlte Arbeit anzunehmen, zu neuen Arbeitsplätzen führen, ist ungewiss. Viele fürchten, es könnte auch das Gegenteil eintreten. Auch dass die Reform die Stärkeren jetzt mehr in Anspruch nimmt, ist noch nicht zu erkennen. Weitere Steuerentlastungen bevorzugen eher die Reichen. Dabei braucht das Land für dringend nötige Reformen der Familienpolitik und der Bildungspolitik gesicherte staatliche Einkünfte und keinen ständigen ‚Steuersenkungswettlauf‘, wie unser Bundespräsident es kürzlich ausgedrückt hat.¹⁹

Gar nicht klar ist, welche der verabschiedeten Gesetze die kurzfristigen Finanzprobleme des Sozialsystems lösen sollen und welche als langfristige Reformen gelten dürfen. Die Folge ist eine große Verunsicherung der Menschen. Das schwächt die politische Kultur in unserem Land. Menschen fallen in Apathie, in Wahlverweigerung - und tiefes Misstrauen gegen die "politische Klasse" und gegen alle Institutionen, die in unserem Land als für öffentliche Verantwortung zuständig gelten. Auch die Kirchen werden übrigens dazu gerechnet.

Weil es in unserer pluralistischen Gesellschaft keinen anerkannten Wertekanon zu geben scheint, verstärkt sich das Bedürfnis nach Ori-

¹⁹ Interview in WELT v. 04.01.04

entierung und verbindlicher Moral. Und gerade, wenn es nur wenige Grundüberzeugungen gibt, die als nötig für gelingendes Zusammenleben gelten, wie der Schutz des Lebens und der Würde, die Verlässlichkeit von Bindungen, das Vertrauen in Verträge, das Einhalten von gesetzlichen Regeln - gerade dann wirkt die Unklarheit und Unvollständigkeit der beschlossenen und noch angekündigten Gesetze um so schmerzlicher.

Die evangelische Kirche hat seit Jahren zu Reformen aufgerufen. Sie begrüßt, dass Regierung und Opposition sich auf erste Schritte verständigt haben. Aber sie wird hoffentlich nicht davon ablassen, zu einer gerechten Lastenverteilung zu mahnen, die Begüterte nicht schont, die die Eigenverantwortung stärkt und den Schwachen nicht mehr auferlegt, als sie tragen können.